

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Eid, Frau Borgmann, Volmer
und der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksachen 10/3568, 10/5312 —

Namibia-Politik der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine neue Initiative zur Verwirklichung des Unabhängigkeitsplans der Vereinten Nationen für Namibia entsprechend der Sicherheitsrats-Resolution 435 zu ergreifen.
2. Voraussetzung für eine politische Lösung des Namibia-Konflikts ist die Aufgabe des sogenannten Linkage zwischen der Unabhängigkeit Namibias und dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Beachtung des Dekrets Nr. 1 des Namibia-Rats der Vereinten Nationen sicherzustellen und, solange Namibia von Südafrika völkerrechtswidrig besetzt ist, Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika auf Namibia auszudehnen.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit der Befreiungsbewegung SWAPO politisch zusammenzuarbeiten und den Opfern des Kolonialismus in Namibia verstärkt humanitäre Hilfe zu leisten.

Bonn, den 6. November 1986

Dr. Vogel und Fraktion

